

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1949

116 (6.10.1949)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

FLOS

4. Jahr Nr. 116 / 20 Pfg.

Für Frieden, nationale Einheit und Unabhängigkeit

Donnerstag, 6. Oktober 1949

Lesen Sie heute:

Eine bedeutsame sowjetische Note S. 2

Lesen Sie am Samstag:

Was man über die Oder-Neisse-Linie wissen muß

Vor Bildung einer gesamtdeutschen Regierung

Massenorganisationen, Betriebe und Parteien fordern Auflösung der Bonner Separat-Regierung

Berlin. (UT.) Die in zahlreichen Betriebs-Resolutionen niedergelegten Forderungen aller schaffenden Männer, Frauen und Jugendlichen nach einer gesamtdeutschen Regierung, die in der Potsdamer Abmachung zugestanden wurde durchzusetzen, und die Note der Sowjet-Union an die Westmächte haben zu einer gesteigerten Aktivität aller demokratischen Parteien in der Ostzone geführt. Maßgebende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens trafen sich zu wichtigen Besprechungen im Haus des deutschen Volksrates.

Nachdem der Vorstand der Demokratischen Bauernpartei ebenso wie der Hauptausschuß der LDP beschlossen haben, die Forderung nach einer gesamtdeutschen Regierung, auf der Grundlage des vom deutschen Volksrat beschlossenen Verfassungsentwurfes zu unterstützen, nahm der Hauptvorstand der CDU am Mittwoch zu der neuen Lage Stellung, während der Zentral-Parteivorstand der LDP am Donnerstag zusammentrat.

Auch der Vorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde am Mittwoch zu einer Sitzung einberufen.

Gesamtdeutsch und unabhängig

Berlin. Informierte Kreise rechnen noch in dieser Woche mit bedeutsamen Entwicklungen, denn es wird angenommen, daß der Volksrat in den nächsten Tagen zusammentreten wird, um sich mit der in unzähligen Betriebsresolutionen erhobenen Forderung, die von allen Parteien in öffentlicher Sitzung auszuarbeitende „Verfassung der demokratischen deutschen Republik“ in Kraft zu setzen, zu befassen.

„Jetzt haben die demokratischen und friedliebenden Kräfte Deutschlands das Wort“, erklärte der Vorsitzende des Sekretariats des deutschen Volksrates.

Das deutsche Volk will sich selbst regieren

Leipzig. 1000 Belegschaftsmitglieder der Leipziger Kammmagaspinnerei Tietel u. Krüger, nahmen in einer Betriebsversammlung einstimmig eine Resolution an, in der sie den deutschen Volksrat auffordern, sich mit der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu beschäftigen. Dieser Regierung wird die Aufgabe gestellt, die Erfüllung der im Potsdamer Abkommen dem deutschen Volk gegebenen Versprechungen zu vertreten, die Auflösung des von Deutschland losgelösten Weststaates und seine Wiedereingliederung in Deutschland anzustreben und nicht zuletzt einen baldigen

Friedensvertrag mit nachfolgendem Abzug der Besatzungstruppen und das Aufheben der Demontagen zu fordern.

Gegen Bonner Spalter-Regierung

Stralsund. Bei der „Volkswehr“ Stralsund sprach sich die Belegschaft gegen die separatistische Regierung in Bonn aus, die nicht die Interessen des deutschen Volkes vertritt, sondern Steigbügelhalter der imperialistischen Mächte seien. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Wir 3500 Werftarbeiter der Volkswehr Stralsund sehen immer mehr die Notwendigkeit ein, eine wahrhaft deutsche Regierung zu schaffen, deren Sitz in der deutschen Hauptstadt Berlin sei und die die Interessen des deutschen Volkes vertreten muß.“

Die neuzuschaffende Regierung muß dafür sorgen, daß schnellstens der Bonner Separatstaat aufgelöst, die Einheit Deutschlands herbeigeführt und ein Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland abgeschlossen wird, dem der Abzug der Besatzungstruppen folgen muß.

Volksrepublik China – die neue Großmacht

Sowjet-Union, Bulgarien, Rumänien und Tschechoslowakei anerkennen die Volksrepublik

Moskau. Die Regierung der Sowjetunion hat der Aufforderung des Präsidenten der Chinesischen Volksrepublik, Mao Tse Tung, zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen Folge geleistet und die Chinesische Volksrepublik als einzige legale Regierung Chinas anerkannt.

Gleichzeitig hat der stellvertretende sowjetische Außenminister Gromyko dem Kuomintang-Vertreter in Moskau eröffnet, daß die Sowjetregierung die Regierung in Kanton als eine reine Provinzialregierung ansehe, die nicht die Fähigkeit zur Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen mit anderen Staaten habe.

Offenburg. Rundfunkmeldungen zufolge haben sich Bulgarien, Rumänien und die Tschechoslowakei dem Vorgehen der Sowjetunion angeschlossen und die neue Chinesische Volksrepublik anerkannt.

England zur Anerkennung bereit

London. Wie ein Sprecher des britischen Außenministeriums mitteilt, will Großbritannien das Ersuchen der Chinesischen Volksrepublik um Anerkennung mit den Ländern des Commonwealth und „anderen interessierten Mächten“ erörtern. Nach verlässlichen Mitteilungen hat die britische Regierung die Anerkennung grundsätzlich bereits beschlossen, wenn auch die Bedingungen und der Zeitpunkt vorläufig noch offen sind.

Sozialdemokraten diskutieren mit Max Reimann

Gemeinsam gegen die Angriffe der Rechten

Hamburg. Auf Einladung sozialdemokratischer Funktionäre nahm Max Reimann, der Vorsitzende der KPD, an einer Zusammenkunft von über 200 Hamburger Sozialdemokraten teil. Max Reimann wurde gebeten, seine Meinung zu der sich in Westdeutschland abzeichnenden Entwicklung darzulegen.

Der sozialdemokratische Funktionär, Willi Heydorn, erklärte in seiner Begrüßungsansprache: „Max Reimann ist bereit, uns einige Fragen zu beantworten, die für uns Hamburger Sozialdemokraten von besonderer Wichtigkeit sind. Die Ergebnisse der Bundestagswahlen zeigen, daß die Lage für uns in Ham-

deshalb eine Forderung aller freiheitsliebenden und nationalbewußten Deutschen.

Die Kommunistische Partei tritt für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung ein, die sich zum nationalen Sprecher der Lebensforderungen unseres Volkes macht. Die KPD tritt für eine Regierung, die zum Zentrum und Kristallisationspunkt des nationalen Kampfes um Einheit und Unabhängigkeit, einen gerechten Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen wird. Die KPD tritt ein für eine gesamtdeutsche Regierung, die sich vor der ganzen Welt zum Sprecher des Friedenswillens des deutschen Volkes macht, und damit zum Gegenpol der chauvinistischen und militaristischen Bestrebungen. Der Parteivorstand der Kommunistischen Partei ruft alle freiheitsliebenden und nationalbewußten Deutschen der westlichen Besatzungszonen auf, ihre Unterstützung für eine solche gesamtdeutsche und wahrhaft nationale Regierung zu bekunden.

Vor der Zulassung zu UNO

New York. Der Zulassungsantrag der Chinesischen Volksrepublik zu den Vereinten Nationen wird in UNO-Kreisen bereits für die nächsten Tage erwartet.

Ein solcher Antrag wird die diesjährige politische Debatte der Vollversammlung auslösen. Die eigentliche Auseinandersetzung dürfte dabei in dem Ausschuß stattfinden, der die Beglaubigungsschreiben der einzelnen Delegationen zu prüfen hat und dem sowohl die Sowjetunion als auch die USA angehören.

Der Antrag der chinesischen Volksrepublik wird zweifellos die Unterstützung zahlreicher UNO-Delegierter erhalten, wird aber voraussichtlich nur mit Mißfallen und Widerstreben von den USA akzeptiert werden, da die Zulassung des volksdemokratischen China, dem ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat zusteht, das Kräfteverhältnis innerhalb der UNO zugunsten der friedliebenden und fortschrittlichen Staaten verändern wird.

Weitere 80 000 Eisenbahner sollen entlassen werden

Betriebssicherheit gefährdet – Protest der Eisenbahnergewerkschaft

Kiel. Für die Entlassung von weiteren 80 000 Eisenbahnern setzte sich der westdeutsche Verkehrsminister, Dr. Seebohm (DP), auf einer Tagung aller Verkehrsminister ein, um dadurch die schwierige Finanzlage der Eisenbahn zu erleichtern. Durch diese Massenentlassung sollen jährlich 400 Millionen DM eingespart werden. Vor der Presse kündigte Seebohm eine Erhöhung des Benzinpreises an, die infolge der Abwertung der DM unvermeidlich geworden sei.

Dortmund. „Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands lehnt es ab, weiteren Entlassungen bei der Eisenbahn zuzustimmen, da bei der Bundesbahn kein Ueberhang an unproduktiven Arbeitskräften besteht. Die Einsparungen dürfen nicht auf Kosten des Personals vorgenommen werden“, sagte der Bezirksleiter der Gewerkschaft der Deutschen Eisenbahner, Gottlob, von der Bezirksleitung Essen auf der Protestkundgebung der Eisenbahner in Dortmund.

Kurz berichtet

Von 15 auf 22 Milliarden Dollar wurde das Militärbudget der USA erhöht.

Ein Rede- und Demonstrationsverbot für die Dauer von 3 Monaten hat der englische Innenminister erlassen.

50 000 belgische Arbeiter, deren Arbeitsplätze in Frankreich liegen, traten mit der Forderung auf 12prozentige Lohnerhöhung in den Streik.

Vier Fensterscheiben des Betraums der Frankfurter jüdischen Gemeinde wurden durch betrunkenen Jugendliche eingeworfen.

Der Restbelegschaft des Borsigwerkes in Berlin-Tegel wurde auf Veranlassung der französischen Besatzungsbehörden gekündigt.

Die Verhandlungen über den Abschluß eines Interzonen-Handelsabkommens nehmen einen positiven Verlauf.

Einen Demontageskop lehnte der Sprecher der amerikanischen Hohen Kommission am Montag im Namen der US-Regierung ab.

Die Herausnahme von weiteren Produktivkräften aus dem Eisenbahnbetrieb würde das Defizit nur vergrößern und zum endgültigen Ruin der Eisenbahn führen.

Ohne Rücksicht auf die Betriebssicherheit, breche die Verwaltung die Vorschrift der Reichsbahn-Ordnung, indem sie Güterzüge nur mit Ein-Mann-Besatzung fahren ließe. Tausend Langsamfahrstellen bedeuten tausend Gefahrenmomente. Der Oberbau der Eisenbahn sei so schadhaft, daß auf 1000 Kilometer 95 Schienenbrüche zu verzeichnen wären, die allein im Jahre 1948 575 Entgleisungen verursacht hätten.

24-stündiger Generalstreik in Frankreich

Paris. Die französischen Gewerkschaften beschlossen, aus Protest gegen die Absicht der Regierung, die Löhne weiterhin stabil zu halten, einen 24stündigen Proteststreik durchzuführen. Alle französischen Gewerkschaften fordern sofortige Lohnerhöhungen.

2865 Tote bei Großbrand – Folgen der Kriegshetze – Unwetterkatastrophe in Nordeuropa

Hongkong. Die Brandkatastrophe, die Tschungking vor kurzem heimsuchte, forderte insgesamt 2865 Todesopfer und über 4000 Verletzte, wird jetzt bekanntgegeben.

41 225 Personen wurden obdachlos, und mehr als 1400 Gebäude wurden zerstört.

Biblis. In der Ried-Gemeinde Biblis mußte der Schulbetrieb vorübergehend eingestellt werden, da schon über 50 Personen an epidemisch auftretendem Scharlach erkrankt sind.

Stockholm. Am Montag brach in weiten Teilen Nordeuropas und namentlich in Finnland ein Sturm aus, der vielerorts die Stärke eines Zyklons annahm. Besonders mitgenommen wurde das Küstengebiet. Der Bahn- und Luftverkehr erlitt zahlreiche Unterbrechungen. Das Becken von Trälleborg wurde nahezu trockengelegt, so daß der Fahrdienst nach Polen eingestellt werden mußte. Schweden zählt bis jetzt vier Todesopfer. In Finnland ereigneten sich mehrere tödliche Unfälle. Sehr groß sind die Schäden in den Wäldern. In den Häfen wurden zahlreiche Schiffe beschädigt.

Bad Kreuznach. Bei den zur Zeit im Kreuznacher Raum stattfindenden Manövern der französischen Besatzungstruppen wurde die Ortschaft Hahnenbach bei Kirn am Wochenende durch blinden Alarm in helle Aufregung versetzt. Die Gefechtslage des Manövers enthielt als Annahme u. a. auch den Absprung „feindlicher Fallschirmkommandos und Spione“ wobei die deutsche Gendarmerie zur Beteiligung an der Suchaktion aufgefordert wurde. In Hahnenbach faßte man die Sache jedoch als ernst auf, ließ die Sturmglocke läuten, und das ganze Dorf machte sich auf die Jagd nach den Fallschirmspringern.

Wir helfen unserer Volkszeitung

Ein erstes ausgezeichnetes Ergebnis auf einer Sammelliste für den Kampffonds UT erzielte der Genosse Pfeifer, Achern, mit 40,50 DM. Ein Neustädter Genosse meldet ein vorläufiges Sammelergebnis von 19,20 DM.

Weitere Spenden sind eingelaufen von: Ortsabteilung Bühl mit 3 DM, Ortsabteilung Ueberlingen mit 15 DM.

Von zahlreichen Ortsgruppen und Agenturen liegen Bestellungen für den Sonderverkauf unserer Samstag-Ausgabe vor. Wir werden eine Uebersicht über den Sonderverkauf am Samstag veröffentlichen.

